

ALLGEMEINE VERKAUFS-, LIEFERUNGS- UND ZAHLUNGSBEDINGUNGEN

1. Einleitung: Diese Allgemeinen Verkaufs-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen gelten ausschließlich, soweit sie nicht durch ausdrückliche schriftliche Vereinbarung abgeändert werden. Das Angebot, die Angebotsannahme, Auftragsbestätigung oder der Verkauf jeglicher Waren unterliegen den vorliegenden Bedingungen. Jeglichen Bedingungen oder vertragsändernden Bestimmungen des Bestellers wird selbst bei Kenntnis widersprochen. Diese Bedingungen sind ferner Grundlage für alle künftigen Geschäfte. Hinweis gemäß § 33 BDSG: Auch personenbezogene Daten von Verträgen werden gespeichert.

2. Bestellungen und Angebote: Alle von der Verwenderin abgegebenen Angebote und Liefermöglichkeiten sind freibleibend. Bestellungen gelten nur dann als angenommen, wenn sie innerhalb von 21 Tagen ab Vorlage schriftlich (auch durch Rechnung oder Lieferschein) angenommen werden. Für den Umfang der Lieferung ist ausschließlich die schriftliche Auftragsbestätigung maßgebend. Hinsichtlich der Genauigkeit der Bestellung trägt der Besteller die Verantwortung. Müssen die Waren hergestellt, ver- beziehungsweise bearbeitet werden, hat der Besteller den Schaden zu tragen, der entsteht, weil sich die vertragliche Ver- oder Bearbeitung der Ware aufgrund Spezifizierung des Bestellers als Bruch eines Patents, Copyrights, Warenzeichens oder sonstigen Schutzrechts eines Dritten herausstellt.

3. Preise und Preisberechnung: Soweit für Leistungen keine Preise vereinbart sind, gelten die am Tage der Lieferung gültigen Listenpreise zzgl. Umsatzsteuer. Sämtliche Preise gelten ab Werk ausschließlich Verpackung. Im angemessenen Verhältnis zur Gesamtmenge stehende Mengentoleranzen der Liefermenge (plus/minus 10%) sind zulässig.

4. Warenlieferung: Lieferungen erfolgen ab Werk auf Rechnung und Kosten des Bestellers. Werden Waren auf Lager zur ausschließlichen Verfügung des Bestellers bereitgehalten (Abrufposten), so gerät der Besteller ohne Mahnung in Verzug, wenn er nicht innerhalb der vereinbarten Frist abnimmt.

5. Lieferzeit: In der Auftragsbestätigung angegebene Liefertermine oder Lieferzeiträume geben den frühest möglichen Lieferzeitpunkt an und sind unverbindlich. Kalendermäßig bestimmte Liefertermine sind nur dann verbindlich, wenn sie ausdrücklich schriftlich bestätigt wurden. Lieferfristen beginnen mit dem Tag der Absendung der Auftragsbestätigung, jedoch nicht vor der Beibringung der vom Besteller zu beschaffenden Unterlagen, Genehmigungen, Freigaben sowie vor Eingang einer vereinbarten Anzahlung. Die Lieferfrist ist eingehalten, wenn die Ware das Werk verlassen hat oder die Versandbereitschaft mitgeteilt ist.

6. Gefahrenübergang: Das Risiko der Beschädigung oder des Verlusts der Ware geht auf den Besteller über, sobald die Ware das Werk der Verwenderin verlässt und zwar auch dann, wenn Teillieferungen erfolgen. Hat sich die Verwenderin verpflichtet, die Ware an den Besteller zu liefern, so trägt der Besteller das Transportrisiko, auch wenn anders lautende Incoterms vereinbart sind. Verzögert sich der Versand infolge Umständen, die der Besteller zu vertreten hat, so geht die Gefahr vom Tage der Versandbereitschaft ab auf den Besteller über. Die Lagerung der Ware erfolgt für Rechnung und auf das Risiko des Bestellers. Angelieferte Gegenstände sind vom Besteller unbeschadet seiner Rechte entgegenzunehmen.

7. Mängelrüge: Die Rüge von Mängeln ist ausgeschlossen, die der Besteller bei sorgfältiger Abnahme oder Erstmusterprüfung hätte feststellen können. Auch wenn Auswahlmuster übersandt wurden, hat der Besteller die Ware nach deren Eintreffen unverzüglich zu untersuchen und etwaige Mängel schriftlich anzuzeigen, andernfalls ist die Gewährleistungspflicht ausgeschlossen. Beanstandungen müssen vor Verarbeitung der Ware schriftlich unter genauer Angabe der behaupteten Mängel oder Beschaffenheitsfehler und der Vorlage von Packzetteln angezeigt werden. Die Beschaffenheit der Ware gilt als genehmigt, wenn der Verwenderin eine schriftliche Mängelrüge nicht binnen 7 Werktagen nach Eintreffen der Ware zugeht.

8. Gewährleistung: Die Verwenderin übernimmt keine Verantwortung dafür, dass die Ware für einen bestimmten Zweck geeignet ist. Ist der Liefergegenstand mangelhaft oder fehlen ihm zugesicherte Eigenschaften oder wird er innerhalb einer Gewährleistungsfrist durch Fabrikations- oder Materialmängel schadhafte, kann die Verwenderin nach billigem Ermessen nachbessern oder gegen Rückgabe der bereits gelieferten Ware neu liefern. Ist die Beseitigung des Mangels unmöglich oder würde sie einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern, so kann der Besteller nur Minderung der Vergütung verlangen. Der Besteller kann ausnahmsweise auch dann Minderung der Vergütung verlangen, wenn die Beseitigung des Mangels für ihn unzumutbar ist. Der Verwenderin ist Gelegenheit zu geben, den gerügten Mangel festzustellen. Beanstandete Ware ist auf Verlangen unverzüglich zurückzusenden. Ersetzte Teile werden Eigentum der Verwenderin. Diese übernimmt bei ungeeigneter oder unsachgemäßer Verwendung, fehlerhafter Montage bzw. Inbetriebsetzung durch den Besteller oder Dritte, natürlicher Abnutzung, fehlerhafter oder nachlässiger Behandlung, nicht ordnungsgemäßer Wartung, keine Gewähr.

Bessert der Besteller oder ein Dritter nach, besteht keine Haftung der Verwenderin für die daraus entstehenden Folgen. Gleiches gilt für ohne vorherige Zustimmung der Verwenderin vorgenommene Änderungen des Liefergegenstandes. Werden Gewährleistungsverpflichtungen nicht oder nicht vertragsgemäß innerhalb einer angemessenen Zeit erledigt, so kann der Besteller schriftlich eine letzte Frist setzen. Nach erfolglosem Ablauf dieser Frist kann der Besteller die notwendigen Nachbesserungen selbst oder von einem Dritten vornehmen lassen. Wurde die Nachbesserung erfolgreich von dem Besteller oder einem Dritten durchgeführt, sind alle Ansprüche des Bestellers mit Erstattung der ihm entstandenen erforderlichen Kosten abgefallen. Als Beschaffenheit der Ware gilt nur die Produktbeschreibung der Verwenderin als vereinbart. Erhält der Besteller eine mangelhafte Montageanleitung, ist die Verwenderin nur zur Lieferung einer mangelfreien Montageanleitung verpflichtet, und dies auch nur, wenn der Mangel der Montageanleitung der ordnungsgemäßen Montage entgegensteht.

9. Haftungsbeschränkungen: Wenn dem Besteller wegen einer Verzögerung, die infolge Verschuldens der Verwenderin entstanden ist, Schaden erwächst, so ist er unter Ausschluss weiterer Ansprüche berechtigt, eine Verzugsentschädigung zu fordern. Sie beträgt für jede volle Woche der Verspätung 0,5 v.H., im Ganzen aber höchstens 5 v.H. vom Wert desjenigen Teils der Gesamtlieferung, der infolge der Verspätung nicht rechtzeitig oder nicht vertragsgemäß genutzt werden kann. Wenn der Liefergegenstand durch Verschulden der Verwenderin infolge unterlassener oder fehlerhafter Ausführung von vor oder nach Vertragsschluss erfolgten Vorschlägen und Beratungen oder durch die Verletzung anderer vertraglicher Nebenpflichten – insbesondere Anleitung für Bedienung und Wartung des Liefergegenstandes – vom Besteller nicht vertragsgemäß verwendet werden kann, so gelten unter Ausschluss weiterer Ansprüche die Regelungen in Ziffer 8 dieser Bedingungen und die folgenden Regelungen. Für Schäden, auch für Schäden, die nicht am Liefergegenstand selbst entstanden sind, haftet die Verwenderin nur bei Vorsatz, bei grober Fahrlässigkeit, bei schuldhafter Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei Mängeln, die die Verwenderin arglistig verschwiegen oder deren Abwesenheit sie garantiert hat, bei Mängeln des Liefergegenstandes, soweit nach Produkthaftungsgesetz für Personen- oder Sachschäden an privat genutzten Gegenständen gehaftet wird. Die Haftung wird für jeden Schadensfall - gleich aus welchem Rechtsgrund - auf einen Betrag in Höhe von 30% des Auftragswertes begrenzt. Eine darüber hinausgehende Haftung findet nicht statt.

10. Höhere Gewalt: Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, Unruhen, behördliche Maßnahmen, Ausbleiben von Zulieferungen und Lieferanten oder sonstige unvorhersehbare, unabwendbare und schwerwiegende Ereignisse befreien die Verwenderin für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von den Leistungspflichten. Dies gilt auch, wenn diese Ereignisse zu einem Zeitpunkt eintreten, in dem sich die Verwenderin in Verzug befindet. Die Verwenderin wird im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich die erforderlichen Informationen geben und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anpassen.

11. Zahlungsbedingungen: Soweit nichts anderes vereinbart, sind alle Vergütungen in vollem Umfang bei Lieferung bzw. Abnahme fällig. Der Auftraggeber kommt ohne weitere Erklärung 30 Tage nach dem Fälligkeitstag in Verzug, soweit er nicht bezahlt hat. Die Verwenderin gewährt 3% Skonto innerhalb 7 Tagen vom Rechnungsdatum an gerechnet, sofern der Besteller zum Zeitpunkt der Zahlung nicht mit der Begleichung von Forderungen aus vorangegangenen Warenlieferungen in Verzug ist. Geht die Vergütung innerhalb von 30 Tagen auch nur teilweise nicht bei der Verwenderin ein, besteht kein Anspruch auf Skonto. Wechsel werden nur aufgrund schriftlicher Vereinbarung und auch dann nur erfüllungshalber ohne Gewähr für Protest angenommen. Mit nicht anerkannten oder gerichtlich festgestellten Gegenansprüchen kann weder aufgerechnet noch wegen dieser Ansprüche ein Zurückbehaltungsrecht geltend gemacht werden.

12. Zahlungsverzug und Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit des Bestellers: Befindet sich der Besteller aus bereits zur Auslieferung gekommenen Geschäften mit der Zahlung der Rechnungsbeträge in Verzug, kann die Verwenderin entweder die Auslieferung noch nicht abgewickelter Aufträge von der Begleichung fälliger Rechnungen bzw. von der Vorauszahlung des Kaufpreises abhängig machen oder vom Vertrag zurückzutreten. Dasselbe Recht besteht, wenn nach Abschluss eines Vertrages eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Bestellers bekannt wird. Die vereinbarten Zahlungstermine sind auch dann einzuhalten, wenn Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden. Für den Fall, dass der Besteller in Zahlungsverzug gerät, bei ihm gerichtlich oder außergerichtlich ein Vergleichs- oder Insolvenzverfahren eingeleitet wird, entfallen bewilligte Rabatte sowie Frachtergütungen. Die gleichen Rechtsfolgen treten am 31. Tag nach Fälligkeit der Rechnung ein.

13. Eigentumsvorbehalt: Die Verwenderin bleibt bis zum Eingang aller Zahlungen aus der Geschäftsverbindung mit dem Besteller Eigentümerin der von ihr gelieferten Waren.

Bei vertragswidrigem Verhalten des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug kann der Liefergegenstand zurückgenommen werden; der Besteller ist zur Herausgabe verpflichtet; er gestattet dem Verwender, seine Ware jederzeit abzuholen und zurückzunehmen. In der Zurücknahme des Liefergegenstandes liegt kein Rücktritt vom Vertrag, es sei denn, dies wird ausdrücklich schriftlich erklärt. Bei Pfändungen oder sonstigen Eingriffen Dritter hat der Besteller unverzüglich schriftlich Mitteilung zu machen, damit Widerspruchsklage erhoben werden kann. Soweit der Dritte nicht in der Lage ist, die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten einer Widerspruchsklage zu erstatten, haftet der Besteller für den entstandenen Ausfall. Der Besteller ist berechtigt, den Liefergegenstand im ordentlichen Geschäftsgang weiterzuverkaufen. Er tritt bereits jetzt alle Forderungen in Höhe des Faktura-Endbetrages einschließlich Umsatzsteuer an die Verwenderin ab, die ihm aus der Weiterveräußerung gegen seine Abnehmer oder gegen Dritte erwachsen, und zwar unabhängig davon, ob die Ware ohne oder nach Verarbeitung weiterverkauft worden ist. Zur Einziehung ist der Besteller auch nach Abtretung ermächtigt, solange ihm dies nicht durch die Verwenderin verboten wird. Die Befugnis der Verwenderin, die Forderung selbst einzuziehen, bleibt hiervon unberührt. Jedoch verpflichtet sich die Verwenderin, die Forderung nicht einzuziehen, solange der Besteller seinen Zahlungsverpflichtungen ordnungsgemäß nachkommt und nicht im Zahlungsverzug ist.

In jedem Fall kann die Verwenderin verlangen, dass der Besteller die abgetretene Forderung und deren Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldner die Abtretung mitteilt. Die Verarbeitung oder Umbildung der Ware durch den Besteller wird stets für die Verwenderin vorgenommen. Wird die Ware mit anderen Gegenständen verarbeitet, so erwirbt die Verwenderin das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Vorbehaltsware zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung. Für die durch Verarbeitung entstehende Sache gilt im übrigen das gleiche wie für die Vorbehaltsware. Wird die Ware mit anderen Gegenständen untrennbar verbunden, so wird das Miteigentum der Verwenderin an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Ware zu den anderen verbundenen Gegenständen zum Zeitpunkt der Verbindung festgesetzt. Erfolgte die Verbindung in der Weise, dass die Sache des Bestellers als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Besteller der Verwenderin anteilmäßig Miteigentum überträgt. Der Besteller verwahrt das Alleineigentum oder das Miteigentum. Der Besteller tritt die Forderung zur Sicherung ab, die ihm durch die Verbindung der Ware mit einem Grundstück gegen einen Dritten erwächst.

14. Wiederverkaufsklausel: Die gelieferten Waren dürfen nur in die Länder exportiert werden, für die eine schriftliche Freigabe erteilt ist. Vorbehaltlich der Zustimmung darf der Besteller nicht an Abnehmer verkaufen, von denen er weiß, dass diese die Waren exportieren wollen. Das Verbot gilt nur, wenn und soweit es durch die Bagatellbekanntmachung der EU-Kommission abgedeckt ist. Bei Lieferungen in das Ausland trägt der Besteller jedes Risiko, welches sich durch die Anwendbarkeit der im Ausland geltenden Rechte und Gesetze ergibt.

15. Gewährleistungsfrist und Verjährung: Die Gewährleistungsfrist beträgt 12 Monate ab Lieferung der Ware gemäß Ziffer 4 dieser Bedingungen. Es gelten jedoch die Folgen gemäß Ziffer 7 dieser Bedingungen, wenn der Besteller den Mangel nicht rechtzeitig angezeigt hat. Die Gewährleistungsfrist für Waren, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden sind und dessen Mangelhaftigkeit verursacht haben, beträgt fünf Jahre. Alle Ansprüche des Bestellers – aus welchen Rechtsgründen auch immer, insbesondere Schadenersatzansprüche wegen eines Mangels der Ware - verjähren gleichsam in 12 Monaten ab Lieferung.

16. Erfüllungsort, Gerichtsstand und anwendbares Recht: Erfüllungsort für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Verpflichtungen ist der Geschäftssitz der Verwenderin. Für alle Rechtsstreitigkeiten, auch im Rahmen eines Wechsel- oder Scheckprozesses, ist der Geschäftssitz der Verwenderin Gerichtsstand, wenn der Besteller Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist. Die Verwenderin hat das Recht, auch am Sitz des für den Besteller zuständigen Gerichts zu klagen oder an jedem anderen Gericht, das nach nationalem oder internationalem Recht zuständig sein kann. Das Vertragsverhältnis unterliegt dem deutschen Recht. Die Geltung des UNCITRAL Kaufrechtsabkommens (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf) wird ausgeschlossen.

17. Salvatorische Klausel: Sollten einzelne Bestimmungen dieser Allgemeinen Verkaufs-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.

GENERAL TERMS AND CONDITIONS OF SALE, DELIVERY AND PAYMENT

1. Introduction: These General Terms and Conditions of Sale, Delivery and Payment shall apply exclusively unless they are amended in any express written agreement. Quotations, acceptance of quotations or sale of any goods shall be subject to these terms and conditions. Any terms and conditions of the purchaser or provisions of the purchaser that are contradictory to these terms and conditions shall, even if they are known, be rejected. These terms and conditions shall furthermore provide the basis for all future transactions. Notice pursuant to Section 33 of the Federal German Data Protection Act (BDSG): Personal data from contracts shall also be held on computer.

2. Orders and quotations: All user quotations and delivery options are subject to confirmation. Orders shall only be deemed to have been accepted if they are accepted in writing within 21 days of submission (also by invoice or delivery note). The scope of delivery shall be governed exclusively by the written order confirmation. The purchaser shall bear responsibility for the accuracy of the order. If goods need to be manufactured, processed or treated, the purchaser shall be required to make good any damage that is caused because such contractually agreed processing or treatment of the goods, carried out on the basis of the purchaser's specification, is shown to be a breach of patent, copyright, trademark or other property right of a third party.

3. Prices and pricing: Unless prices are agreed for products, the list prices, plus value-added tax, shall apply that are in effect on the day of delivery. All prices are ex-works and exclude packaging. Tolerances in quantities delivered shall be permissible if they are in a reasonable proportion to the total quantity (plus/minus 10%).

4. Delivery of goods: Deliveries shall be made ex-works for the account and at the expense of the purchaser. If goods are kept in store for the sole disposal of the purchaser (call-off items), the purchaser shall be in default if, without being reminded, it fails to take delivery of such goods within the agreed period.

5. Delivery time: The delivery dates or delivery periods stated in the order confirmation indicate the earliest possible delivery time and are without obligation. Set calendar delivery dates shall only be binding if they have been expressly confirmed in writing. Delivery periods shall commence on the day on which the order confirmation is dispatched, however not before the submission of any documents, approvals, clearances to be furnished by the purchaser or before receipt of any agreed deposit payment. The delivery period is met once the goods have left the factory or notice is given that they are ready for shipment.

6. Passing of risk: The risk of goods becoming damaged or lost shall pass to the purchaser as soon as the goods have left the user's factory, this also being the case if part shipments are made. If the user has undertaken to deliver the goods to the purchaser, the purchaser shall bear the risk of transportation even if Incoterms to the contrary are agreed. If shipment is delayed for circumstances for which the purchaser is responsible, the risk shall pass to the purchaser as from the day on which the goods are ready for shipment. Goods shall be stored on the purchaser's account and at the purchaser's risk. Items delivered must be accepted by the purchaser without prejudice to the purchaser's rights.

7. Notification of defects: It shall not be possible to give notice of defects that the purchaser could have established if care had been exercised when delivery was taken or initial sample inspection had taken place. Even if selection samples have been sent, the purchaser must inspect the goods without delay on arrival and give notice of any defects in writing or the warranty will be void. Notice of complaints must be given in writing before the goods are processed, contain an exact description of the alleged claim or flaw and be accompanied by packing slips. The quality of the goods shall be considered to have been approved if the user does not receive a written notice of defects within 7 working days of the goods arriving.

8. Warranty: The user shall not assume any responsibility for the good being suitable for a specific purpose. If the item supplied is faulty or if it lacks warranted qualities or if it becomes defective within a warranty period as a result of manufacturing or material flaws, the user shall, in its equitably exercised discretion, be able to rectify defects or make a new delivery on return of goods already delivered. If it is not possible to remedy the defect or if such would involve unreasonable effort and expense, the purchaser may only demand a reduction in payment. The purchaser shall, by way of exception, also be able to demand a reduction in payment if it cannot be reasonably expected to remedy the defect. The user must be given the opportunity to locate the defect brought to its notice. On request, complaint goods must be returned without delay. Replaced parts shall become the property of the user. The latter shall take no responsibility for inappropriate or improper use, for incorrect assembly or repair by the purchaser or third party, for natural wear, improper or negligent treatment or for improper maintenance. If rectification is made by the purchaser or any third party, the user shall not be liable for any consequences that may arise therefrom. The same shall apply to any modifications that are made to the delivery item without the

user's prior consent. If, within a reasonable period, warranty obligations are not met or not met in the manner agreed, the purchaser shall be able to set a final deadline in writing. If this deadline expires without result, the purchaser shall be able to make the necessary rectification itself or place rectification in the hands of a third party. If rectification has been carried out successfully by the purchaser or a third party, all claims on the part of the purchaser shall be settled upon reimbursement of the costs incurred by it. Only the user's product description shall be considered as the agreed quality of the goods. If the purchaser receives deficient assembly instructions, the user shall only be obliged to supply assembly instructions free of any deficiency if the deficiency in the assembly instructions prevents proper assembly.

9. Restrictions on liability: If the purchaser incurs damage as a result of a delay for which the user is responsible, the purchaser shall, to the exclusion of further claims, be entitled to demand compensation for damage caused by the delay. This shall amount to 0.5 per cent for each full week, however in total no more than 5 per cent of the value of that part of the overall shipment which, on account of the delay, cannot be used in time or as agreed. If, through fault on the part of the user as a result of failing to implement or of incorrectly implementing proposals or deliberations coming about before or after entering the contract, or as a result of infringing other contractual accessory obligations – in particular, instructions on operating and maintaining the delivery item – the delivery item cannot be used by the purchaser as agreed, the arrangements set forth in clause 8 of these terms and conditions and the following arrangements shall be applicable to the exclusion of further claims. The user shall only be liable for damage, including damage not occurring on the delivery item itself, if such is caused as a result of intent, of gross negligence, of a culpable harm to life, limb and health, of defects that the user has fraudulently concealed or whose absence it has guaranteed, of defects in the delivery item insofar as product liability law provides for liability for personal injury and damage to property caused by privately used objects. Liability for each occurrence of damage – for whatever legal ground – shall be limited to an amount of 30% of the order value. Any liability above and beyond this amount shall be ruled out.

10. Acts of God: Acts of God, industrial disputes, riots, government action, delivery stoppages or other unforeseeable, unpreventable and serious events shall release the user from its obligations for the duration of the disturbance and to the extent of the effect this disturbance has. This shall also apply if these events occur at a time at which the user is in default. The user shall, to the extent reasonably expected of it, immediately provide the necessary information and adapt its obligations in good faith to the changed circumstances.

11. Terms of payment: Unless otherwise agreed, all payments shall be due in the full amount upon delivery or upon acceptance of delivery. Without further notification, the purchaser shall be in arrears 30 days after the due date if payment is not made. The user grants 3% cash discount on payments made within 7 days of the invoice date provided the purchaser is not in arrears with the settlement of accounts receivables from preceding consignments of goods at the time of payment. If payment, or also part thereof, is not received by the user within 30 days, the purchaser shall not be entitled to cash discount. Bills of exchange will only be accepted on the basis of written agreement and only on account of performance without liability for protest. The purchaser may not offset counterclaims and has no right of retention on the basis of these claims unless the purchaser's claims are undisputed or final and absolute.

12. Default in payment and deterioration in purchaser solvency: If the purchaser is in arrears with the payment of amounts invoiced for transactions already delivered, the user shall be able to make delivery of outstanding orders contingent on the settlement of due invoices or on advance payment of the purchase price or withdraw from the contract. The same right shall exist if, after entering the contract, a significant deterioration becomes known in the purchaser's financial circumstances. The agreed payment dates must still be observed even if warranty claims are put forward. In the event that the purchaser defaults in payment and composition or insolvency proceedings are instigated against it in or out of court, discounts granted as well as freight reimbursements shall be withdrawn. The same legal consequences shall ensue on the 31st day after the invoice becomes due.

13. Retention of title: The goods delivered by the user shall remain the user's property until it receives all payments due to it from the business relationship with the purchaser. If the purchaser acts in breach of contract, in particular if the purchaser falls into arrears, the delivery item may be repossessed; the purchaser shall undertake to surrender possession; it shall allow the user to collect and repossess its goods at any time. Repossessing a delivery item does not equate to withdrawing from the contract unless such is expressly declared in writing. In the event of attachment or other intervention by third parties, the purchaser shall be required to provide immediate notification so that opposition proceedings can be instituted

to prevent execution. If the third party is not in a position to reimburse the judicial and extra-judicial costs of opposition proceedings, the purchaser shall be liable for the arising loss. The purchaser shall be entitled to resell the delivery item in the ordinary course of business. Even at this stage, the purchaser assigns to the user all claims against its buyers or third parties in the amount of the final invoice balance, including value-added tax, that arise from the resale, regardless of whether the goods have been resold without having been processed or after they have been processed. The purchaser is empowered to collect such claims even after assignment unless the user prohibits the purchaser from doing so. The user's power to collect the claim itself shall remain unaffected. The user shall, however, undertake not to collect the claim itself as long as the purchaser duly meets its payment obligations and is not in arrears.

The user shall, at all events, be able to demand that the purchaser disclose the assigned claim and its debtors, provide all information necessary for collection, hand over the associated documents and notify the debtors of the assignment. The purchaser shall only process or refashion the goods for the user. If the goods are processed with other items, the user shall acquire joint ownership of the new article in the proportion of the value of the retained goods to the other processed items at the time of processing. In all other respects, the same shall apply to the article that is created as a result of processing as applies to the retained goods. If the goods are inseparably combined with other items, the user shall acquire joint ownership of the new article in the relation of the value of the goods to the other combined items at the time of combination. If combination takes place in such a manner that the purchaser's article must be regarded as the primary article, it shall be considered as agreed that the purchaser will assign proportional joint ownership to the user. The purchaser preserves sole ownership or joint ownership. The purchaser shall assign any claim to security accruing to it against any third party as a result of combining the goods with a piece of land.

14. Resale clause: The goods supplied may only be exported to those countries for which written clearance is given. Without consent, the purchaser must not sell to buyers known to have the intention of exporting the goods. This ban shall only apply if and to the extent by which it is covered by the EU Commission's notice on agreements of minor significance. In cases where goods are delivered abroad, the purchaser shall bear any risk arising from the applicability of laws and statutes in force abroad.

15. Warranty period and statute of limitation: The warranty period shall be 12 months from the time at which the goods are delivered under clause 4 of these terms and conditions. However, the consequences set forth in clause 7 of these terms and conditions shall apply if the purchaser fails to provide notification of the defect in good time. The warranty period for goods which, in accordance with their normal usage, have been used for an edifice and have caused its defectiveness, shall be five years. All claims on the part of the purchaser – for whatever legal grounds, in particular claims for damages on account of goods being defective – shall become statute-barred after 12 months from the time of delivery.

16. Place of performance, legal venue and applicable law: The place of performance for all obligations arising from the contractual relationship shall be the place of business of the user. If the purchaser is a merchant, a legal person under public law or a special asset under public law, the legal venue for all legal disputes, including those arising as part of proceedings related to a bill of exchange or cheque, shall be the place of business of the user. The user shall also have the right to take legal action at the seat of the court having jurisdiction over the purchaser or at any other court that may have jurisdiction under national or international law. The contractual relationship shall be subject to German law. Application of the UNCITRAL sales convention (United Nations convention on the international sales of goods) shall be excluded.

17. Escape clause: Should individual provisions of these General Terms and Conditions of Sale, Delivery and Payment be or become ineffective, this shall not affect the validity of the remaining provisions.